

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabenstellen 4100.—
durch Zeitungssender 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 vorn. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernpreise:
2273, 3110.

Teil.-Nr.: Tagesschau Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint
an allen Werktagen.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 120.— M.
Nebelameteil ... 360.— M.

für Aufträge Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M.
aus Deutschland ... 360.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die unerreichbaren Ziele Frankreichs.

In der „Dt. Allg. Ztg.“ findet sich der erste Artikel aus der Serie Lloyd Georges, in dem er mit äußerster Klarheit und Schärfe die französischen Absichten bei der Ruhrbesetzung zerstört und die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung nachweist.

Lloyd George beruft sich darin einleitend auf die Feststellungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Ritti, der in einem seiner Werke nachweist, daß die ganze französische Reparationspolitik der Durchführung eines weitgreifenden Planes gilt, der Frankreich die Kontrolle über die gesamten Kohlen- und Erzvorräte des europäischen Festlandes sichern soll. Er beruft hierbei gleichzeitig die Haltung Italiens unter Mussolini, dessen Bedenken gegen die französischen Pläne rechtlich fast gelommen seien.

Zur eigentlichen Hauptfrage der französischen Pläne führt Lloyd George dann aus: Wenn die französischen Staatsmänner wirklich meinen, was sie sagen, so beabsichtigt Frankreich, das Ruhrgebiet zu behalten. Nicht auf dem Wege der Annexion. Nein! Das ist, wie Herr Barthou sagt, eine „törichte verleumderische Lüge“. Aber Frankreich beabsichtigt, die Pfänder festzuhalten, bis die Reparation bezahlt ist. Was sind die Pfänder? Die Industrien des Ruhrgebietes. Wenn die französische Regierung die Kontrolle jener Industrien, die das Leben dieses blühenden Gebietes darstellen, auf dreißig Jahre erlangt, so ist sie im Besitz einer größeren Macht über jene Gegenden, als derjenigen, die sie über das Bergwerkerei des Pas de Calais ausübt. Aber es sind Anzeichen vorhanden, daß die Kontrolle über die Ruhrindustrie einen viel weitergehenden Charakter tragen soll. Poincaré hat die Befestigung Frankreichs mit 60 Prozent an dem Anteil gemischt deutscher Schlüsselindustrien im Rheinland gefordert. Nun sind die Ruhrindustrien zweifellos in diese Forderung mit eingeschlossen. Wenn Frankreich sich die Kontrolle der Ruhrbergwerke auf diese Weise sichern kann und Belgien und Polen zur Beteiligung an diesem Geschäft veranlaßt werden können, dann wird das europäische Festland von dieser ungeheuren Eisen- und Kohlenkombination abhängig sein. Den einzigen Schutz hiergegen sieht Lloyd George in einer ausreichenden Einführung englischer und amerikanischer Kohle, die Mitteleuropa so lange zur Verfügung stehen werden, als die Höfe offen sind. Wenn der zynische P. un jedoch Erfolg hat, dann wird er zweifellos mit der Reparation und mit der Unabhängigkeit der deutschen Industrien zu Ende sein. Dann heißt es weiter:

„Es hat seine Bedeutung, daß die Bedingungen, die Deutschland bei seiner Unterwerfung anzunehmen soll, nie formuliert wurden. Vor dem Eintritt ist kein Ultimatum gestellt worden. Wenn Deutschland sich morgen unterwarf, welche Bedingungen wird es dann erfüllen müssen? Wer kann dieses sagen? Poincaré hat erklärt, daß er sich mit Versprechungen nicht begnügen will. Aber wenn das Ruhrgebiet geräumt werden soll, dann müssen in irgendeinem Stadium Versprechen angenommen werden, denn Deutschland kann nicht die Kohlientferungen von zehn Jahren auf einmal leisten und es kann nicht 50 Millionen Goldmark hingeben. Wenn also Herrn Poincarés Feststellungen einen Sinn haben, soll die Kontrolle der Ruhrindustrie Frankreich zufallen, bis die ganze Schuld bezahlt worden ist. Ein schöner Plan, wie alle Pläne, bei denen nicht mit der Menschennatur gerechnet wird, zum Teufelszeug verurteilt. Wie lange würden Italien und Russland sich für die Vereicherung französischer Kapitalisten ausbeuten lassen? Italien hat schon klar zu erkennen gegeben, daß es nicht daran denkt, in diese Falle zu gehen. Es ist nicht sicher, ob man an Russland herangetreten ist. Möglicherweise haben zwangsläufig Sondierungen stattgefunden. Es ist schwer vorzusehen, was die Bolschewisten tun werden. Indesten kann man ziemlich sicher sein, daß sie nicht ihre Köpfe in den Haken eines derartigen rauhgerigen kapitalistischen Krokodils wie Frankreich stellen werden. Briganten pslegen nicht so töricht zu sein.“

Zum Schluß geht Lloyd George auf die neue geistige Einstellung ein, die sich aus dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet in Deutschland entwickelt hat. „Ein neues starkes Element muß hier in Betracht gezogen werden“, sagt Lloyd George, „ein Element, das sich mit internationaler Finanz schlecht verträgt. Man kann sicher sein, daß es jedem Versuch, die deutsche Industrie unter fremde Kontrolle zu stellen, bis zum Auftreten widerstehen wird und ohne Kontrolle ist das Land wertlos“. Die deutschen Arbeiter werden nach Ansicht Lloyd Georges sich den Befehlen der ausländischen Regierungen niemals fügen, und die Sympathie der Welt wird auf Seiten der Steuernden sein. „Es ist ein phantastischer Plan, entstanden aus einem Mißerfolg und deshalb zum Mißerfolg verurteilt.“ Mit diesen Worten schließt der Artikel.

Die politische Umstellung Lloyd Georges.

Die Zeitungen erblicken in der Rede Lloyd Georges, in der er für die Vereinigung der Liberalen sprach, ein bemerkenswertes Zeichen dafür, daß der Expremier von seiner alten Idee einer neuen Mittelpartei abgekommen ist, in der die alte konstitutionelle Partei zusammengezogen werden sollte, eine Idee, die er während der letzten 7 Jahre unablässig verfolgt hat. Sie erklären, Lloyd George lehre nun mehr zu seiner politischen Vorfahrt zurück. Die Organe der Unabhängigen Liberalen in dessen Kommentieren die Aussagen Lloyd Georges sehr vorsichtig. Sie erklären, da das liberale Programm scharf umrisse wäre, braucht Lloyd George es lediglich zu dem seinen zu machen.

Um Polens Ostgrenze: Frankreichs Hilfsbereitschaft.

Sikorski an Poincaré.

Mitte Februar richtete Ministerpräsident Sikorski ein Schreiben an den Präsidenten des französischen Ministerrates, in dem er von der Notwendigkeit einer engen Führung zwischen Polen und Frankreich auch in der Frage der Ostgrenze Polens sprach und auf die Bedeutung dieser Frage nicht nur für Polen, sondern auch für Frankreich hinwies. Die Tatsache, daß Polens territoriale Grenzen bis jetzt noch nicht endgültig festgelegt worden sind, schreibt General Sikorski, sei eine der Hauptursachen des Mangels an Vertrauen zu Polen. Wenn auch ohne Zustimmung Polens keine wirkliche Änderung der Grenzen der Republik anders als mit bewaffneter Hand vorgenommen werden könnte, so wäre doch die Anerkennung der Grenzen durch die verbündeten Mächte aus politischen Gründen erforderlich. Die polnisch-rumänische Grenze ist lediglich auf Grund einer Verständigung zwischen den beiden Mächten ohne formale Annexionen festgelegt worden. Mit ihr im Zusammenhang steht aber die Frage der galizischen Grenze. „Aus vielen schwerwiegenden Gründen“ — schreibt der Ministerpräsident — „habe ich Anlauf, anzunehmen, daß die gegenwärtigen Anschauungen und die gegenwärtige Gestaltung der Verhältnisse eine endgültige Regelung der Grenzfragen leichter zu Stande kommen lassen würden als dies früher der Fall war. Ich wende mich unmittelbar an den Herrn Präsidenten in dem Wunsche, seine eigene Meinung zu hören. Mich treibt zu diesem Schritt die hohe Bewunderung Ihrer unvergleichlichen Tätigkeit und Ihrer Verdienste um die ganze Welt sowie ders.“

die Sorge um mein Land und das Vertrauen auf den Wortlaut und den Geist des polnisch-französischen Abkommen.“

Poincaré an Sikorski.

Das Schreiben des Ministerpräsidenten Sikorski wurde vor Poincaré am 22. Februar beantwortet. Der französische Ministerpräsident schreibt unter anderem:

„Ich habe die Vertreter Frankreichs im Botschafterrat beauftragt, die baldigste Regelung der Grenzfragen entsprechend den Wünschen Polens zu verlangen. Ich brauche Ihnen kaum zu versichern, daß die französische Regierung alles tun wird, um diese Angelegenheit so schnell als möglich zu Ende zu führen, und daß sie ihren ganzen Einfluß aufbieten wird, um Polen Genugtuung zu verschaffen. Die französische Regierung ist durchaus davon überzeugt, daß es dringend notwendig ist, der Unwissenheit ein Ende zu machen, die jetzt hinsichtlich der Ostgrenzen Polens herrscht, damit das polnische Volk sich in voller Ruhe der Verwaltungsorganisation und dem Ausbau seiner Wirtschaft widmen und damit eines der Grundelemente des Wiederaufbaus Europas werden kann. Ich bin überzeugt, daß die polnische Regierung die Bedeutung der Unterstützung Polens durch Frankreich richtig einzuschätzen und ihrerseits alles tun wird, das freundschaftliche Band zwischen den beiden Staaten mit jedem Tag enger zu knüpfen; dadurch werden beide, Polen und Frankreich, beitragen zur Festigung des allgemeinen Friedens.“

Das Exposé des Finanzministers.

(Schluß.)

Im Jahre 1922 kamen unsere Einkünfte in 484 Millionen polnischen Gulden zum Ausdruck, vor dem Kriege in 1283 Millionen, die Eisenbahnkünfte. Sieht man die Einkünfte der ersten Monate des Jahres 1923 als für das ganze Jahr maßgebend an, dann würden wir 597 Millionen erhalten. Der vorliegende Plan sieht die Hebung der Einkünfte im Jahre 1925 auf 1417 Millionen vor, mit der Vermögenssteuer zusammen auf 1857 Millionen. Viele werden diese Summe für zu groß halten. Ich wage es aber doch, von der Bevölkerung die in dieser Hinsicht unentbehrlichen Leistungen zu fordern. Man darf nicht die vor Kriegszeit Einkünften stehen lassen, weil man bei den vor Kriegszeit Einkünften stehen bleibt, weil man bei den vor Kriegszeit Einkünften nicht stehen darf. Die Rolle der Vermehrung der Einkünfte müssen die Steuern übernehmen. Im Jahre 1922 betrugen sie 411 Millionen, im Jahre 1923 sind ohne die Vermögenssteuer 968 Millionen geplant, also zweimal so viel, obwohl wir im Jahre 1922 die Danina eingezogen haben. Hat aber diese Danina jemanden zum Ruin geführt? Haben nicht viele Leute sich darüber lustig gemacht, daß man so wenig von ihnen gefordert hat?

Die Realisierung dieses Programms wird nicht das Sanierungsziel, sondern werden die Steuerverhöhungsgesetze vollbringen. Die Einkommensteuer wird bald Gesetz. Es verbleiben dann noch die Grund- und die Gewerbesteuer. Vor dem Kriege bestand die Grundstückssteuer, die heute nichts einbringt. Der Staat hat diese Steuer den Städten überlassen, die von ihr keinen Gebrauch gemacht haben. Bald werden wir ein Gesetz über die Sanierung der Finanzen der Städte einbringen. Der Hausbesitzer muß das, was er vor dem Kriege geahnt hat, auch heute zahlen, wenn er die entsprechenden Einkünfte haben wird, was vom Mieterzins abhängt. Die Mieter können in Anbetracht des Mieterzinses mit größerem Recht zahlen. Vor dem Kriege gaben die direkten Steuern in den drei Teilstaaten 160 Millionen in Gold, im Jahre 1922 zusammen mit der Danina 148 Millionen. Im Jahre 1924 kann die Erzielbarkeit der direkten Steuern ohne die Vermögenssteuer auf 361 Millionen gehoben werden. Die indirekten Steuern betrugen vor dem Kriege 210 Millionen, die Monopole 190 Millionen, zusammen ungefähr 400 Millionen. Im Jahre 1924 können die indirekten Steuern 197 Millionen, die Monopole 98 Millionen betragen, im Jahre 1925 beides zusammen 2328 Millionen. Bei der schwachen Organisation unserer Monopole kann ich größere Einkünfte vorläufig nicht vorsehen. Die Zolleinkünfte betrugen vor dem Kriege 146 Millionen, im Jahre 1922 87 Millionen. Trotz Anstrengungen lassen sich hier im Jahre 1924 nicht mehr als 76 Millionen erreichen.

Der dreijährige Finanzplan läßt sich in folgende Stufen teilen: Das erste Halbjahr wird ein Defizit geben. Es fehlen 287 Millionen zur Deckung des ordentlichen Budgets. Außerdem für die Verteidigung des Staates 124 Millionen, für den Wiederaufbau 14 Millionen, für die Staatsunternehmen 105 Millionen. Weiter können wir nicht gehen. Im nächsten Halbjahr müßte ein Überschuss von 28 Millionen im ordentlichen Budget, im Jahre 1924 ein Überschuss von 28 Millionen zu verzeichnen sein, im Jahre 1925 ein solcher von 47 Millionen.

Häufig das Ausland die nötigen 500 Millionen nicht gibt, dann würde das Jahr 1925 noch nicht das Gleichgewichtsjahr sein. Alle Bürger verstecken ihre Einkünfte so zu kalkulieren, daß es schwer sein wird, im ganzen 88 Milliarden zu erfassen. Die erste Rate wird deshalb nur eine Versuchsrate sein. Wenn die Einkennung dieser Rate zeigt, daß die Abschätzung seitens der Bürger dem Staat nicht die vorgesehene Einnahmen einbringt, wenn die Staat nicht mindestens 120 Millionen, sondern nur 60 Millionen eingebracht hat, dann wird man bei der zweiten und dritten Rate einen höheren Prozentsatz ansetzen müssen, um den Staatshaushalt vor Verlusten zu schützen. Auf diese Weise würde die Vermögenssteuer in Polen das geben, wozu sie bestimmt ist, nämlich für die Deckung des Defizits in den laufenden Jahren.

Das Gesamtergebnis wird bei einer solchen Defizitdeckung in den Jahren 1923, 1924 und 1925 folgendes sein: Der Gesamtpfeilbetrag beläuft sich im Laufe dieser drei Jahre auf eine Milliarde 383 Millionen 547 Tausend. Davon wollen wir 600 Millionen durch die Vermögenssteuer decken. Es bleiben also noch 782 Millionen Defizit. Davon sollen 500 Millionen durch Wirtschaftsanleihen gedeckt werden, um die wir uns im Laufe der zweieinhalb Jahre für den Wiederaufbau unserer Staatsunternehmen bemühen müchten. Für die Deckung des außerordentlichen Defizits sind uns im Laufe von zwei Jahren 110 Millionen Gulden nötig.

Der Minister begründet dann die Hoffnung, daß Polen auslandsanleihen gewährt erhalten würde, mit einem Hinweis auf Österreich, das doch 650 Millionen Goldkronen erhalten habe. Er fährt dann fort: Es bleiben noch 128 Millionen, für die wir, denkt ich, keine Anleihekredit zu suchen brauchen; es sind die verhängnisvollen Anleihen in der polnischen Landesbanken zu verhindern, und diese 128 Millionen betragen im Vergleich zum Ganzen kaum 9 Prozent. Zurzeit bedeuten sie in der Tat sehr viel, aber in der Perspektive der dreijährigen Wirtschaft kaum 9 Prozent. Wir werden also 45 Prozent der uns fehlenden Summen durch die Vermögenssteuer decken, 45 Prozent durch Anleihen und ungefähr 9 Prozent durch Emission.

Die Konferenz der Finanzminister hatte den Gedanken gefaßt, eine besondere Körperschaft zu bilden, die sich zum Teil aus Regierungsvertretern, zum Teil aus Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften zusammensetzen, teils gesetzgebende, teils verwaltliche Befugnisse haben, etwas wie ein Staatsverteidigungsrat sein sollte. Ich bin bei näherem Eindringen in dieses Problem zu der Überzeugung gelommen, daß man diesen Weg nicht gehen darf. Finanzanierung und Staatsverteidigung sind von einander verschiedene Fragen. Der Regierung werden durch das Gesetz bestimmte Berechtigungen gegeben.

Am Schluß seiner Rede betonte der Minister, daß das Sanierungsgefecht geistiges Eigentum Polens sei und daß die Polen während der Teilungszeit großes wirtschaftliches Vorgehen gezeigt hätten. Man sollte nicht denken, daß Russland ein wirtschaftliches Chaos sei. Russland mache einige Fortschritte, die für Polen nicht gefährlich werden können, wenn wir aus dem Schicksalschlag erwachen.

Der Finanzplan des Finanzministers.

	Einkünfte:	Ausgaben:	Defizit
	Ordentliche Außenordt. Zusammen	Ordentliche Außenordt. Zusammen	
1. Halbjahr 1923 (in Tausenden złoty):			
Verwaltungsbudget	226 928	11 101	238 029
Staatsunternehmen und Monopole	71 680	—	1 500
zusammen	298 588	11 101	309 689
			535 977
			274 441
			810 418
			500 729
2. Halbjahr 1923:			
Verwaltungsbudget	461 590	11 471	476 661
Staatsunternehmen und Monopole	95 970	7 836	103 803
zusammen	560 560	19 307	569 867
			536 675
			268 441
			805 116
			225 249
Für das Jahr 1924:			
Verwaltungsbudget	942 442	3 111	945 553
Staatsunternehmen und Monopole	218 444	—	878
zusammen	1 160 886	3 111	1 163 997
			1 132 601
			427 000
			1 559 601
			395 604
Für das Jahr 1925:			
Verwaltungsbudget	1 142 889	2 889	1 145 778
Staatsunternehmen und Monopole	274 458	—	878
zusammen	1 417 347	2 889	1 420 236
			1 175 009
			446 098
			1 621 100
			200 864

Republik Polen.

Die Bekleidungsklage Deutschtumsbund —

"Dziennik Poznański"

wurde am Montag von dem Bromberger Gericht zurückgewiesen mit der Begründung, daß die Landesvereinigung des Deutschtumsbundes kein eingetragener Verein sei und daher nicht als Kläger auftreten könne.

Liquidierung deutschen Besitzes.

Der Liquidationsausschuß hat das Landgut Suchowice im Kreise Szwajno (1550 Morgen, Besitzer Otto Kunkel), ferner das Apothekengrundstück Gottfried Viehstaedts in Szydłow (Kr. Niemtschenwalde) im Kreise Obowin mit der Apotheke und das Apothekengrundstück Paul Heubuchs in Chelmno mit Apotheke als Liquidationsobjekte erklärt.

Der Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten

nahm am Freitag einen Bericht des Prof. Askenazy über die letzten Verhandlungen im Völkerbund entgegen. Senator Kiniorski wünschte Aufklärung über die Frage der deutschen Ansiedler im ehemals preußischen Gebiet. Prof. Askenazy gab in dieser Angelegenheit einen geistlichen Überblick. Als sich der deutsche Botschaftsmeier in dieser Frage an den Botschaftsrat wandte, wurde die Exmission des Ansiedlers bis zum Februar 1922 eingestellt. Hierauf wurde infolge der deutschseits gemachten Anstrengungen diese Angelegenheit vor das Forum des Völkerbundes gebracht, umgeachtet dessen, daß Polen die Kompetenz des Völkerbundes ansieht. Auf der zweiten Sitzung des Völkerbundes wurde die Angelegenheit dem Tribunal im Haag überwiesen, das auf folgende Fragen Antwort geben soll: 1. Können Ansiedler, die vor dem Waffenstillstand ihre Besitzungen erworben haben, von der Regierung die Auskennung verlangen? 2. Können Ansiedler, die im Besitz von Erdbebaurechten waren und den Eigentumsstiel nach dem Waffenstillstand erhalten, exmittiert werden? 3. Hat der Völkerbund, als er diese Fragen verhandelte, nicht seine Kompetenz überschritten?

Nach Ansicht des Prof. Askenazy kann diese Angelegenheit noch in günstiger Weise gelöst werden, obgleich man große Schwierigkeiten erwarten müsse.

Senator Bartosiewicz (Nat. Volksverband) erklärt, die polnische Regierung hätte sich von Anfang an auf den Standpunkt stellen müssen, daß der Völkerbund in dieser Angelegenheit nicht kompetent ist, denn der Art. 12 des Minderheiten-Traktats könne hier nicht herangezogen werden, weil die Angelegenheit einzig durch die Ausführung des durch den Versailler Traktat zuerkannten Rechte entstanden ist.

Senator Roskowski führt aus, daß die weitere Durchführung der Ansiedlerfrage in der gegenwärtigen Phase sich auf die Rückanerkennung der Kompetenz des Völkerbundes stützen müsse, zumal Prof. Askenazy schon dreimal dieses Argument angeführt habe.

Prof. Askenazy erklärt, es sei, soweit es sich um die Meinung der polnischen Rechtsgelehrten und um das Rechtsmaterial handele, alles getan werden, was möglich war, um unser Recht zu begründen. In der Kompetenzfrage hebt Prof. Askenazy hervor, daß der Minderheiten-Traktat große Schwierigkeiten bereite, auf den sich diejenigen Mitglieder des Völkerbundes berufen, die die deutschen Interessen verteidigen.

Die Senatoren Krzakowski und Bartosiewicz erklären in ihrer Antwort an Prof. Askenazy mit Nachdruck, daß die Regierung mit aller Energie sich auf den Standpunkt des Versailler Traktats stellen und die Bestimmungen dieses Traktats in dieser Sache durchführen müsse, um so mehr, als sie nicht früher als im Juni im Haag auf die Tagesordnung kommen werde.

Schließlich referierte Prof. Askenazy über die Annahme des Minderheitenbeschusses durch Lettland, Estland und Litauen, wobei er feststellte, daß diese Klauseln bisher von den genannten Ländern nicht angenommen waren, obgleich sie zum Völkerbund gehören.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet in der nächsten Woche wiederum unter Beteiligung des Prof. Askenazy statt.

Der Kampf gegen die Tenerung.

In der Montagsitzung des Sejm-ausschusses für die Bekämpfung der Tenerung wurde beschlossen, einen Sonderausschuß zu bilden, der sich aus neun Personen zusammensetzen soll und die Verhältnisse an den Grenzen Polens hinsichtlich der Bedingungen für eine illegale Ausfuhr von Artikeln ersten Bedarfs zu untersuchen haben wird.

Keine Erhöhung der Zister-Alzise.

Das Finanzministerium teilt entgegen dem verbreiteten Gerücht, daß vom 6. März ab eine Erhöhung der Alzise für Zucker statt-

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(An Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.) "Wohin wollen wir gehen?" erkundigte sich der Graf beim Generaldirektor.

"Ich denke, am besten in Ihren Salon —" erwiderte Vogelreuther und fügte, als er Ruth noch immer zögern sah, lächelnd hinzu: "Sie können wirklich ohne Sorge mit uns kommen, gnädige Frau!"

Ruth warf noch einen forschenden Blick ringsumher, ob sich Fernleitner nicht irgendwo zeige, und schritt dann zwischen den beiden Herren die Treppe hinauf.

Der Salon des Grafen war eins der luxuriösesten Gemächer des ganzen Hotels. kostbare Seidentapeten schmückten die Wände, der Fuß verankert in weichen Teppichen und die schweren Sessel aus seltemem Seidendamast waren mehr Lagersäätten als Sitzgelegenheit; das Licht fiel durch eine Schale aus Porphyrr in den Raum und verbreitete eine weiche, einschläfernde Helligkeit.

Der Graf nahm Ruth Umhang und Tasche ab und rückte ihr den bequemsten der drei Polsterstühle zu. Dann öffnete er den verschlossenen Wandschrank und entnahm ihm drei seltsam geformte fremdländisch ausschende Pfeifen aus einem ihm unbekannten Rohr, das wie Bambus aussah, aber einen merkwürdigen Geruch wie von köstlichem Mandelöl ausströmte und an ihrem unteren Ende einen dicken, wülstigen Knopf, gleich einer Kapsel, aufwies. Die eine davon reichte er Ruth, die andere Vogelreuther und entnahm dann einem silbernen Behälter drei kleine weiße Augen, die er in seine Handfläche schüttete und Ruth zeigte.

"Was ist das?" fragte die Tänzerin, der des Grafen ganzes Beginnen allmählich komisch vorkam.

finden sollte mit, daß die Regierung in nächster Zeit nicht die Absicht hat, die Zisterzölle zu erhöhen.

Zahlung der Löhne in polnischen Zlotys.

Die Organisation der polnischen Textilarbeiter in Łódź und den übrigen Textilien überreichte den Arbeitgebern eine Denkschrift, die für die Zukunft die Festsetzung der Löhne in polnischen Zlotys fordert, da nach den neuen Sanierungsgesehen auch die Abgaben und Steuern in Zlotys berechnet würden.

Die Reserveübungen.

Die Jahrgänge 1893, 96 und 97, die im Sinne des Aufrufes des Staatsverteidigungsrates im Jahre 1920 in die Freiwilligarmee eintraten, sind von den Reserveübungen befreit. Dagegen unterliegen sie der Beaufsichtigung über die Registrierung und die Meldung vor den Kontrollkommissionen.

Die Beamtengehälter und die Hinterbliebenenversorgung.

Der Haushaltsausschuß des Sejm nahm in seiner Montagsitzung eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, innerhalb drei Wochen im Sejm einen Gesetzentwurf über die Bezahlung der Staatsbeamten und über die Bezahlung der Emeriten und Waisen einzubringen. Das Gesetz soll den Staaten die Möglichkeit sichern, ein bestimmtes Kontingent von Beamten mit vollen Fachkenntnissen in erster Linie auf den leitenden und verantwortlichen Posten zu behalten. Die Entschließung fordert dann die Regierung auf, die Tenerungszonen schon bei der nächsten Auszahlung in Fortfall zu bringen und die den Beamten im vorigen Jahre ausgezahlten Boni zu streichen. Die Entschließung enthält auch die Forderung, daß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Regelung der Löhne der in den Staatsunternehmen beschäftigten Arbeiter, wie z. B. der Tabakarbeiter, der Salinenarbeiter usw. einbringen soll.

Die Einführung der Polenmark in Oberschlesien.

Die schlesischen Wojewodschaftsbehörden haben mit Vertretern des Klein- und des Großhandels eine Reihe von Konferenzen abgehalten. Die Kaufleute haben sich schließlich bereit erklärt, vom 12. März ab ihre Waren nur für Polenmark zu verkaufen.

Seit dem 1. März sieht die Schlesische Handelskammer im Einvernehmen mit der Polnischen Landesdarlehnskasse jeden Tag einen Nachmittagskurs der Polenmark.

Der Ingenieurtitel

ist in Polen durch ein im September 1922 angenommenes und in Nr. 90 des Jahrgangs 1922 des Dziennik Ustaw (25. 10. 1922) veröffentlichtes Gesetz geschützt. Danach ist der Titel "Ingenieur" ein akademischer Grad, der nur von den technischen Hochschulen und (für die Landwirtschaft) von der philosophischen Fakultät der Universität Krakau verliehen werden kann. Verwendung des Wortes "Ingenieur" in Dienstbezeichnungen von Beamten, die nach dem zuerst Gesagten nicht berechtigt sind, den Titel "Ingenieur" zu führen, ist verboten. Die unbefugte Führung des Titels wird bestraft mit Geldstrafe bis 500 000 Mark, sofern nicht zugleich eine Handlung vorliegt, für die das Gesetz eine höhere Strafe vorsieht. Zugängig sind die Friedensgerichte. Ausnahmsweise wird unter bestimmten, im Gesetz angeführten Umständen Führung des Titels "Ingenieur" durch Personen ohne akademische Bildung zugelassen. In Warschau soll es schon in mehreren Fällen zu Bestrafungen für unbefugte Führung des Titels "Ingenieur" gekommen sein.

Das Ende der "Rzeczpospolita".

Der "Dziennik Gdański" kündigt das Ende der "Rzeczpospolita" mit folgender Nachricht an: "Die bekannte Zeitung 'Rzeczpospolita', die von Herrn Stroński redigiert wird, steht zum Verlaufe aus, weil sie schon seit geraumer Zeit mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Wie man hört, soll der Preis 1½ Milliarden betragen, was doch wohl etwas übertrieben erscheint. Da Kaufleute fehlen, hat man den Entschluß gefasst, die 'Rzeczpospolita' mit der 'Gazeta Warszawska' zu verschmelzen." Die 'Gazeta Gdanska' bemerkte dazu, daß diese Nachricht in den interessierten Kreisen auf Widerspruch stoßen werde, sie sei jedoch vollkommen sicher.

Das Memeler Problem.

Der litauische Ministerpräsident Galvanauskas hat sich einem Mitarbeiter des "Echo Nowickiego" über das Memeler Problem folgendermaßen geäußert:

Die von der Entente Litauen gestellten Bedingungen in der Memeler Frage sind zum Teil sehr schwer, zum Teil unannehmbar. Was die Zahlung der auf das Memeler Gebiet entfallenden Entschädigungen für die Entente betrifft, so ist Litauen durch keine Verträge gebunden und hat von Deutschland nicht einen Pfennig für die Schäden erhalten, die von den deutschen Truppen in Litauen angerichtet worden sind.

"Haschisch!" beschied sie der Graf mit geheimnisvollem Lächeln. "Ich hatte es vorigen Winter aus Ägypten mitgebracht und weiß erst seit dieser Zeit, was Leben heißt."

Mit diesen Worten öffnete er die Kapsel von Ruths Pfeife, gab eine der drei weißen Augen hinein und entzündete sie durch ein seltsames Feuerzeug, das er ebenfalls Wandschränke entnahm.

Vogelreuther und der Graf füllten dann gleichfalls ihre Pfeifen und brachten sie in Brand, worauf Broighem das elektrische Licht abbrehte und sich in den dritten der Polsterstühle sinken ließ. Über den Kapseln der Pfeifen schwiebten drei magische, eigenartig geformte Flammen, die von einem zarten Blau in ein helles Grün spielten. Es sah aus, als tanzten sie im Raum, und sie waren schillernde Rötelze auf die Gesichter der drei Menschen, die lässig in den drei Polsterstühlen lehnten und rauchten. Ein führte, dem Weihrauch ähnlicher, beißender Geruch erfüllte das Gemach, hüllte die Sinne wie in einen weichen Mantel ein und zauberte ihnen bunte Bilder vor, die in dem Dunkel des Raumes gleich Schemen auf- und abschwieben.

Eine Weile herrschte tiefe Stille; dann begann der Graf zu sprechen; und es kam Ruth vor, als klänge seine Stimme aus weiter Ferne, unwirklich, überirdisch wie das Singen eines orientalischen Priesters, der uralt Gebeite spricht.

"Das Leben," sprach Broighem in müdem, einschläfern dem Tonfall, "ist hart, rauh und häßlich. Wehe dem, der nichts kennt, als seine nüchterne Wirklichkeit, welche das Herz quält und die Sinne foltert. Der Weise flüchtet aus dieser rauhen, abstoßenden Nüchternheit in das Band des Vergessens, des Rausches und des Traumes. Denn nur im Vergessen liegt Glück, nur im Rausche Seligkeit, und nur im Traume kennen wir die Wahrheit."

Broighems Stimme hatte sich in leises Flüstern verloren und erstarb wie ein Hauch im unendlichen Raum. Ruth aber hatte ein ganz unbeschreibliches Gefühl: ihr war, als versinke das Zimmer, das sie umgab, im wesenlosen Nichts, und als schmebe sie plötzlich als reiner Geist

Leben hat auch den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet, fühlt sich also zu irgend welchen Leistungen für die Entente nicht verpflichtet. Und dann wird viel von der Höhe der Summe abhängen, die die Entente fordern wird. Die Gleichberechtigung der Ausländer kann Litauen nicht anerkennen, da die Pflichten der Memeler Bürger größer sein werden als die Pflichten der Ausländer, weshalb auch die Rechte der Memeler Bürger größer sein müssen. Am unannehmbaren ist die Forderung, einen Hafen vorstand unter Hinzuziehung Polens zu bilden. Die litauische Regierung, die hinsichtlich Memels durch keine Verträge weder mit der Entente noch mit Polen gebunden ist und sich nur auf den Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung stützt, kann keinen bindenden Vertrag unterzeichnen, durch den Polen bestimmte Borechte zugebilligt werden."

Die Helsingforser Wirtschaftskonferenz.

Am Sonnabend begannen in Helsingfors die Beratungen der Wirtschaftskonferenz der baltischen Staaten. Auf Antrag des polnischen Delegierten wurde der finnische Außenminister Venola zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt. Litauen nimmt an den Beratungen offiziell nicht teil. Der Vertreter Litauens wohnt den Beratungen nur als Beobachter bei. In der ersten Sitzung wurden folgende drei Ausschüsse gebildet: Ein handelsinformatorischer Ausschuss, ein Postoerichtsausschuss und ein Ausschuss für die Bekämpfung des Schmuggelwesens.

Deutschland bleibt fest.

Die Verkehrsbeschränkungen bei Eisenbahn und Post.

Der Eisenbahnbetrieb in der Pfalz ist vollständig eingestellt. Die pfälzischen Eisenbahner haben sich geweigert, nachdem die Eisenbahnen von den Franzosen besetzt worden sind, weiter zu arbeiten.

Der Verkehr im Bezirk Ludwigshafen ist sehr erschwert. Die Franzosen gehen dazu über, die Straßen zu militarisieren. Auf der Straße Goddelau-Ludwigshafen-Lauterburg werden die Böge bereits von französischem Personal geführt.

Die Franzosen haben am Sonntag die Oberpostdirektion Koblenz besetzt, da sich die deutschen Postämter im abseitigen Gebiet neigeraten Pakete mit französischen Ausfuhrgenehmigungen anzunehmen.

Ein Protest der Eisenbahner ganz Deutschlands.

Der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes beschloß in seiner Sitzung am 2. März einstimmig, folgenden Aufruf an alle Eisenbahner zu erlassen:

Die werktägige Bevölkerung hat in dem Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus einige Wochen hinter sich. Die Franzosen und Belgier waren angeblich als Freunde der Arbeiterklasse in das Ruhrgebiet. Bald zeigten die fremden Großen ihr wahres Gesicht, und die Peitsche kam zur Anwendung. Misshandlungen, Verbastungen und Ausweisungen ohne Rücksicht auf Frauen und Kinder, Kranken und Gebrechliche ereignen sich täglich.

Die Brutalität übersteigt alle Grenzen und hat den Gipfel erreicht in der neuen Verordnung Nr. 147 der Rheinlandkommission. Unter Androhung der Todesstrafe sollen die deutschen Eisenbahner in den Dienst fremder Feindthaber gezwungen werden. Wer durch vorlässliche Handlung oder Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährdet, wird mit dem Tode bestraft. Wer den Eisenbahnverkehr in schwerer Buchstabe oder für lange Dauer unterbricht, wird mit lebenslänglichem Gefängnis bestraft usw.

Das dürfte das ungeheure und grausame darstellen, was sich in der neuen Epoche der Weltgeschichte bisher ereignet hat. Den offiziellen Vertretern eines großen Kulturdienstes blieb es vorbehalten, ein solches Denkmal der Schande aufzurichten. Wir appellieren an das Gewissen der Welt, an die Eisenbahner und ihre Organisationen im In- und Auslande und fordern sie auf, im Namen der Menschlichkeit und Humanität ihre Stimme zu erheben gegen die Barbarei des französisch-belgischen Militarismus. Unser Kollegen in der gefährdeten Zone richten wir den Appell, die bisherige musterhafte Haltung auch weiterhin zu bewahren. Die Hilfe und der Schutz der Organisationen sind ihnen sicher, und die Sympathie aller Menschenfreunde der Kulturwelt dürfte ihnen gewiß sein.

Der Vorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes.

Feste Haltung der deutschen Sozialdemokratie.

Zu der Frage des Abwehrkampfs schreibt Dr. Breitscheid, früher unabhängiger Sozialdemokrat:

"Es muß aller Welt bekannt sein, daß wir den passiven Widerstand an der Ruhr in jeder Weise und mit allen Kräften unterstützen und gar nicht anders handeln

losgelöst von aller Erdenschwere, im freien Raum. Ein unnenbares Glück empfinden überströmt sie, wie sie es noch nie empfunden hatten; verlockende Bilder zogen an ihrer Seele vorbei, sie träumte von der Erlösung alles dessen, was sie je und je gewünscht hatte, und dann glitt sie leise, unmerklich aus dem Traum hinüber in diesen, erquickenden Schlaf, der sie wie Erlösung umfaßt und fest in leise, weiche Arme nahm.

Sie wußte nicht, wie lange sie gelegen hatte, als sie ein rauhes, hartes Klopfen an der Zimmertür zurückwarf in die nüchterne Wirklichkeit. Sie öffnete mit einer Kraftanstrengung die müden Lider und sah Fernleitner unter der Tür stehen, der gerade das Licht aufscheute und in mäßlosem Erstaunen auf die schlummernden blickte.

"Was hat das zu bedeuten?" herrschte er Vogelreuther an.

"Der Graf hat uns zu einer Pfeife Haschisch eingeladen," erklärte ihm der Generaldirektor, und Ruth fügte, noch ganz erfüllt von dem Erlebten, an: "Es war wunderbar, Liebster, unbeschreiblich schön, ein Gefühl, wie ich es noch nie durchflossete."

Fernleitner zwang sich mit Gewalt zur Ruhe. "Darf ich Dich jetzt nach Hause bringen?" fragte er mit knapper Höflichkeit.

Die Tänzerin erhob sich, schwankend wie eine Trunkenke, ließ sich von Vogelreuther den Mantel umlegen, verabschiedete sich vom Grafen mit ein paar herzlichen Worten des Dankes und folgte dann dem Dichter die Treppe hinab.

Als sie durch die kühle Nachtluft schritten, ihrer einsamen Hütte zu, bat der Dichter mit einer Stimme, aus der die tiefste innere Erregung ebbte: "Wenn Du mich liebst hast, Ruth, dann tanze nie mehr in dem Hotel und betrete auch nie mehr die Räume

tonnen, weil wir uns sonst in Widerspruch zu unseren eigenen Genossen, den Kämpfern, setzen würden, die doch Träger dieses Widerstandes sind. Es muß bekannt sein, daß Deutschtum immer und wieder den Standpunkt vertreten haben, Deutschland könne kein Angebot nach Paris richten, weil das in Frankreich als Zeichen der Schwäche und als Unterwerfungswille ausgelegt werden würde.

Bezug auf den Ausdruck der Verhandlungsbereitschaft nimmt der im Ruhrgebiet selbst befindliche Genosse Martin Löbel, Vorstandsmitglied des Alten Deutschen Bergarbeiterverbandes, eine noch klarere Haltung ein. Der „Vorwärts“ hängt seine Erklärung unmittelbar an den Artikel Breisachs an. Da liegt man. „Gleichzeitig nach zwei Fronten einen Kampf ausfechten, ist unmöglich. Diejenigen, die immer darauf hinaussehen, daß auch im gegenwärtigen Augenblick der Kampf gegen das deutsche Kapital unumschränkt geführt werden soll, erweisen der Sache des Proletariats einen schlechten Dienst. Sie zerstören die Kräfte, die dringend nötig gebraucht werden, um die schlimmste Gefahr von der Arbeiterschaft abzuwenden. Darüber sollte doch endlich Klarheit herrschen, daß die Verwirklichung der Pläne Poincarés den wirtschaftlichen und politischen Erfolg Deutschlands und damit den Erfolg der gewirtschaftlichen und politischen Organisation der deutschen Arbeiterschaft bedeutet.

Der Kampf muß fortgesetzt werden, bis Frankreich zu Einsicht kommt, daß mit Gewaltmaßnahmen keine wirtschaftlichen Differenzen geregelt werden können, daß das nur möglich ist, wenn man sich an den Tisch setzt und verhandelt. Dieses Ziel wird aber nicht dadurch erreicht, daß täglich nach Verhandlungen gerufen wird, wie es leider in einem Teile der Parteipresse geschieht. Dadurch wird unsere Lage nur verschärft, zumal in den eigenen Reihen Verwirrung herverursacht wird. Auf deutscher Seite ist die Verhandlungsbereitschaft vorhanden, hierzu bildet die französische Regierung. Ein Hindernis hierzu bildet die französische Regierung. Der Ruf nach Verhandlungen mußte sich demnach an Herrn Poincaré richten.

Die Lage in Karlsruhe und Mannheim unverändert.
In Karlsruhe und Mannheim ist die Lage unverändert. Auch in der Pfalz wurden keinerlei Truppenbewegungen vorgenommen, die auf eine Erweiterung der Besetzung der Mannheimer und Karlsruher Häfen schließen lassen. Auch aus Darmstadt wird gemeldet, daß die Franzosen die geistige Besetzungszone nicht erweitert haben.

Beschlagnahme und Verhaftungen in Duisburg.

In Duisburg hat die Besatzungstruppe die Kreisstraße mit etwa 8 Mill. Mark beschlagnahmt. Der Vorsteher, der die Herausgabe verschiedener Lizenzen verweigerte, wurde verhaftet. Verschiedene seiner Angehörigen, die sich in die Auseinandersetzung mit den Franzosen eingemischt hatten, und auch ein Landstetter, in dessen Auto ein Flugblatt gefunden wurde, wurden nach einigen Stunden wieder freigelassen unter der Bedingung, sich zur Verfügung des belgischen Polizeigerichts zu halten.

Raub von Arbeitslosenunterstützung.
Die Franzosen nahmen in Koblenz die Gelber für die Arbeitslosenunterstützung beim städtischen Wohlfahrtsamt weg. Es sammelte sich eine große Menschenmenge an, die von Franzosen mit Schlägen und Füchtern auseinandergerissen wurde. Zurzeit schwanden Verhandlungen über die Rückerstattung der Arbeitslosengelder. Koblenz und Ehrenbreitstein erleben zurzeit einen gewaltigen Heereslager. Alle Waffengattungen: Weiße, Schwarze, Marokkaner, Spahis und Gelbe sind darunter vertreten.

Untersuchung der französischen Mäubereien.
General Degoutte hat anlässlich der in Eben erfolgten Überfälle von Bajonetten durch französische Soldaten und der gemeldeten Plündерungen einen Oberst beauftragt, eine Untersuchung auf Ort und Stelle vorzunehmen. Das Besatzungsamt der Stadt Eben wird die Protokolle dem Obersten zur Prüfung überlassen. Am Dienstag sollen dann die Überläufer von dem Obersten persönlich vernommen werden. Die Schulen sollen strengstens bestraft werden.

Frankreichs Transporte unter scharfer englischer Kontrolle.

Die Engländer kontrollieren sämtliche französischen Transporte bei dem Einlaufen in die englische Zone sehr scharf. In Brühl und Mainz sind Offizierswachen aufgestellt, die ununterbrochen Tag und Nacht die französischen Transporte überwachen. Sie achten darauf, daß die Transporte nicht von französischem Personal geleitet werden. Transporte von Gefangen werden durch die englische Zone nicht hindurchgelassen. Ebenso ist der Transport geschlossener Reisemänner untersagt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. März.

Drei Todesfälle.

In seiner Vaterstadt Naumburg a. d. Saale ist, wie wir privatem Wege erfahren, der ehemalige Direktor des früheren Kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Posen, Geh. Regierungsrat Dr. Friedrich Thümen im 79. Lebensjahr gestorben. Er war am 2. September 1844 in Naumburg a. S. geboren. Auf dem Gymnasium in Prenzlau und den Universitäten zu Breslau und Berlin vorgebildet, war er von 1869 bis 1892 als ordentlicher Lehrer, später als Oberlehrer am Gymnasium zu Stralsund tätig. 1892 übernahm er das Direktorat des dortigen Realgymnasiums, Michaelis 1898 das des Kgl. Gymnasiums zu Köslin. Seit dem 1. Juni war er in großem Segen bis 1912 Direktor des damaligen Kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums in Posen. Er gehörte auch jahrelang der Posener Stadtverordnetenversammlung zuletzt als stellvertretender Vorsitzender an und verlegte nach seinem Übertritt in den Ruhestand seinen Wohnsitz in seine Vaterstadt Naumburg a. d. S., in der er während des Weltkrieges seine Lehrtätigkeit am Gymnasium mit dem ihm eigenen Eifer und Geschick wieder aufnahm.

Vereits vor etlichen Wochen ist, wie wir jetzt hören, noch eine seinerzeit in Posen weit und breit bekannte Persönlichkeit, der frühere Posener Stadtschulrat Dr. Krausbauer im 66. Lebensjahr mitten aus seinem arbeitsreichen und arbeitsfreudigen Leben herausgerissen worden. Schulrat Dr. Krausbauer wurde 1912 aus Wreschen, wo er die dortige Kreisschulinspektion inne hatte, nach Posen als Nachfolger des in den Ruhestand übergetretenen Stadtschulrats Friedrich berufen und hat sein Amt bis zur politischen Umwälzung mit dem ihm eigenen Pflichteifer und Verständnis stetig gegen sich und seine Untergebenen, als ein wahrer Freund der ihm unterstellten Schuljugend versehen. 1919 fiedete er nach Naumburg a. S. über, um dort ebenfalls die Kreisschulinspektion zu übernehmen. Der Weltkrieg hatte bekanntlich von dem waderen Manne besonders schwere Opfer gefordert.

Das Andenken der beiden ausgezeichneten Männer, die beide in derselben Stadt fern von ihrer ehemaligen Posener Wirkungsstätte gestorben sind, wird hier in weiten Kreisen in Ehren fortleben.

Endlich starb gleichfalls in Naumburg a. S. Iohann

er nach seinem Übertritt in den Ruhestand seinen Wohnsitz verlegt (Hotel Monopol).

hatte, der frühere Seelsorger der evangelischen Gemeinde in Schröda, Pastor em. Julius Renner im Alter von 88 Jahren. Der Entschlafene hat sich in seiner Gemeinde Schröda-Herrenhofen durch sein liebvolles Wirken als Geistlicher und durch seine herzandrängenden Predigten ein bleibendes Andenken gesichert. hb.

Silbernes Jubiläum der Posener Straßenbahn.

Allgemeine Überraschung bereitete heute früh die Tatsache, daß die Straßenbahn mit Fähnchen geschmückt fuhr, was sonst nur an großen väterländischen Feiertagen der Fall zu sein pflegt. Aber so sehr man sich auch seinen Kopf darüber zermarterte, welche einer von den vielen Gedächtnissen heut einmal zur Abwechslung an der Reihe wäre, man kam und kam nicht dahinter und tappte im Dunkeln, bis an den Motorwagen der Straßenbahn große Schilder mit der durch einen mehr oder weniger geschmackvollen, die Zahl „25“ umrahmenden grünen Krone, zu dessen beiden Seiten die Zahlen 1898 und 1923 standen, daran erinnerten, daß die Straßenbahn diesmal einen eigenen Festtag begeht, nämlich die Feier ihres 25-jährigen Bestehens als elektrische Straßenbahn. Die Straßenbahn war bekanntlich zunächst lange Jahre als Pferdebahn im Betrieb, wie sich noch mancher ältere Einwohner unserer Stadt erinnern wird, bis man schließlich im Jahre 1898 nach dem Vorbilde der Großstädte daran ging, den Straßenbahnbetrieb zu elektrifizieren. Heute vor 25 Jahren wurde der elektrische Straßenbahnbetrieb aufgenommen, der naturgemäß ein gewaltiges Aufblühen des Verkehrsinstifts namentlich nach der Gründung der ehemaligen Vororte Jersitz, St. Lazarus und Wilda im Gefolge hatte. Trotz der billigen Fahrtpreise nahm die elektrische Straßenbahn eine geradezu riesenhafte Entwicklung, die sie mit an die Spitze der meisten gleichartigen Institute Deutschlands stellte, trotz der Riesenausgaben, die der Ausbau des Straßenbahnnetzes, die Eröffnung neuer Strecken usw. im Gefolge hatten. Ein einfacher Straßenbahnschein kostete vor dem Kriege 10 Pfennige – heut 300 Mark, eine Monatsabonnementstasse 4,10 Mark einschließlich Steuer – heut 15 600 Mark für die einfache Strecke. Gleichwohl war die Posener Straßenbahn vor dem Kriege und auch noch während des Krieges in der angenehmen Lage, ihren Aktionären recht ansehnliche Gewinnanteile einzubringen. Diese günstigen Verhältnisse haben sich nun leider inzwischen infolge der allgemeinen Geldentwertung sehr verschlechtert. Das Institut, das die langen Jahre so ertragreich gewirtschaftet hatte, hat infolge der wahnsinnigen Steigerung der Materialpreise, der riesenhaft gewachsenen Arbeiterlöhne usw. wie alle gleichartigen Institute mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, die immer wieder eine Steigerung der Fahrpreise bedingen. Wenn wir nun heut der Straßenbahn zu ihrem silbernen Jubiläum unseren Glückwunsch aussprechen und damit zugleich den Wunsch, daß diese andauernden Fahrpreissesteigerungen nunmehr ein Ende finden möchten, so tun wir es mit dem aufrichtigen Nebenedanken, daß mit der Erfüllung dieses Wunsches eine allmäßliche Befriedigung der gegenwärtigen unerträglichen Leerverhältnisse überhaupt eintreten möge.

Von besonderem Interesse dürfte noch die Wiedergabe des Berichts unseres Blattes in der Ausgabe des 7. März 1898 über die Aufnahme des elektrischen Straßenbahnbetriebes sein:

„Die elektrische Straßenbahn ist gestern früh dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Die gewaltige Arbeit der Betriebsanlage ist bestens gelungen, und der Eindruck, den das neue Verkehrsmittel auf die Passanten macht, schreit durchaus zu befriedigen. Daß zur Eröffnung ein Sonntag gewählt wurde, hatte natürlich zur Folge, daß die Wagen schon am ersten Tage ihrer Inbetriebnahme einem überaus starken Andrang standhalten mußten, der sich noch dadurch wesentlich steigerte, daß man sich gestern eines überaus schönen Frühlingsstages zu erfreuen wußte. Unter diesen Umständen war es für die meisten schon ein großes Vergnügen, sich plan- und zielloos in die eleganten, mit Girlanden und Bändern geschmückten Wagen zu setzen und eine Spazierfahrt zu machen. So war denn ganz besonders auf der Strecke vom Dom bzw. Bildstock nach dem Zoologischen Garten und Jersitz der Andrang bis zum späten Abend so stark, daß man an den Kreuzungspunkten oft lange warten mußte, bevor man einen Wagen bewohnen konnte. Zwei kleine Zusammenstöße, die gestern vormittag und abends zwischen Straßenbahnwagen vorkamen, hatten glücklicherweise keine unliebsamen Folgen für die Insassen. Nur die Wagen trugen leichte Beschädigungen davon. Bedauert wurde allgemein, daß die Strecke nach St. Lazarus noch nicht befahrbar war; es läßt sich aber wohl erwarten, daß auch hier bald alle Schwierigkeiten beseitigt sein werden, da gerade auch diese Fahrtstrecke auf sehr starke Benützung zu rechnen haben wird. Wenn die Führer der Wagen erst völlig mit ihren Institutionen vertraut sein und die Fahrgäste sich an die mancherlei ganz natürlichen Neuerungen gewöhnt haben werden, dann werden die schnell durch die Straßen fahrenden Straßenbahnwagen sich in vollem Maße als ein allen Anforderungen der Neuzeit entsprechendes großstädtisches Verkehrsmittel erweisen.“

Für die Ehrlichkeit der damaligen Straßenbahnbewohner legt folgende Notiz in der Ausgabe vom 11. März 1898 gerade kein rühmenswertes Zeugnis ab:

„Der Versuch, welchen die Straßenbahn mit dem Zahltastensystem gegenwärtig macht, ist am Tage der Eröffnung des elektrischen Betriebes nicht gerade glücklich ausgefallen. Ein Teil des Publikums hat, wie leider festgestellt werden müssen, starke Neigung gezeigt, die Wagen zu benutzen, ohne Zahlung zu leisten. Das Vertrauen der Straßenbahn ist vielfach getäuscht worden. Nunmehr hat die Direktion 12 Geheimkontrollen eingerichtet, welche unkennlich mitfahren und das Publikum beobachten. Diese Kontrollure werden jeden Defraudanten feststellen lassen, und es soll unzweckmäßig Bestrafung derartiger Vertragsfälle eintreten.“

X Dom eine Erhöhung der Tabakfabrikate. Die gesetzliche, einem anderen Blatte entnommene Mitteilung, daß ab 1. März die Tabakpreise nicht erhöht werden sollten, ist ungut. Den Fabrikanten ist vielmehr eine amtliche Verjährung zugegangen, nach der vom 5. März d. J. also von gestern ab, die Preise für Tabakfabrikate um 45–50 v. H. zu erhöhen seien. Darauf würde sich die billigste Zigarette auf 90 Pf. die billigste Zigarette auf 540 Pf. stellen.

Elternabend im Deutschen Gymnasium. Am Freitag, dem 9. März, abends 8½ Uhr, findet im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein Elternabend statt, bei dem vom Chor der Anstalt die „Schöpfung“ von Joseph Schön (unter Begleitung einiger Chöre) zu Gehör gebracht wird. Die Aufführung findet zum Besten des Stipendienfonds der Anstalt statt, und deshalb wird ein Eintrittsgeld von 2000 M. für den Sitzplatz und 1000 M. für den Stehplatz erhoben. Um die Veranstaltung auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, findet am Mittwoch ab ein öffentlicher Kartentausch statt. Eintrittskarten sind in der Evangelischen Vereinbuchhandlung, ul. Wyszyńskiego 8 (fr. Am Berliner Tor) und abends an der Kasse zu haben.

Großes Theater. Heute Dienstag: „Hoffmanns Erzählungen“ mit Herrn Bedewitsch in der U. C. E. R. Mittwoch: „Eugen Oegin“ mit Herrn Wolinski als Genest. Freitag: „Die Fledermaus“. — Frau Janowska-Kowalczyk wird Mitte März vier Mal im Großen Theater auftreten, und zwar am 13. März in der „Füddi“, am 14. in „Tosca“, am 16. in „Masenball“ und am Sonntag, d. 18. in „Carmen“. Vorverkauf der Eintrittskarten in der Zigarettenhandlung von Görski.

Der nächste Klöppelkursus, in dem noch einige Plätze für Teilnehmerinnen frei sind, wird vorläufig in der Woche vom 11. März beginnen. Er umfaßt 6 Doppelstunden wofür ein Lehrgebühr von 4000 M. zu zahlen ist. Das Anfangsmaterial kann in der ersten Stunde zum Preis von 18 000 M. erworben und beliebig ergänzt werden. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle des Hilfsvereins deutscher Frauen, Waly Lesszyński 2, Zimmer 3, entgegen.

X Kindersanierung. Gestern Abend gegen 9½ Uhr wurde vor einem Büro in der Aleje Marcinkowskiego 16 (fr. Wilhelmstraße) ein zweit bis drei Wochen altes Kind männlichen Geschlechts, das dort von unbekannter Seite niedergelegt war, lebend und bekleidet aufgefunden und in das Stadtkrankenhaus gebracht.

X Millionenliebstähle. Aus einem Lager der ul. Dąbrowskiego 85 (fr. Gr. Berliner Str.) wurden durch Einbruch 285–300 Hasenfelle und ein Fuchsfell im Gesamtwert von 3½ Millionen Mark gestohlen. — Von Boden des Hauses ul. Kraszewskiego 9 (fr. Hedwigstraße) entwendeten Diebe Damen- und Herrenwäsche, und zwar 12 Männer- und 4 Damenhemden, Trikots usw. im Wert von einer Million Mark.

M. Schwerin, 5. März. Am 1. d. Ms. stand eine Vereinigung des Bauernvereins Schwerin unter ihrem neuen Vorsitzer Mühlengutsbesitzer P. Schilling-Reinmühle statt. Tierzuchtdirektor Dr. Steinberg-Polen sprach über Viehzucht und deren Fütterung. Der Vortrag wurde durch viele Fragen des Vorsitzers sehr interessant und belehrnd. Der Vorsitzer warb wie in jeder Versammlung warm für das neue Kreiskrankenhaus. Dieses wird von dem Starosten des Kreises Posen-Ost auf dem früheren Narroischen Grundstück am See eingerichtet. Herr Alois erwiderte darauf die Beitragszahlungen zum Hauptbauverein und Werbung zur Mitgliedschaft. Der als Gast anwesende Befürer Aumann-Deutschland ermahnte seine Mitglieder zu werben, und wenn auch so viel von allen Seiten geopfert werden muss, dieses von Herzen zu tun. Nach vier Stunden wurde die Versammlung geschlossen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.
— Die Eröffnung der Leipziger Messe. Die Leipziger Messe ist am Sonntag, den 4. März, in der üblichen Weise eröffnet worden. Eine besondere Freier stand auf dem Ausstellungsgelände der technischen Messe statt, wobei das nunmehr fertiggestellte Haus der Elektrotechnik der Defficitheit übergeben wurde. Im allgemeinen ist die Zahl der Aussteller wieder gestiegen und übertrifft die aller vorausgegangenen Messen bedeutend. Es durften etwa 15 000 Aussteller anwesend sein, darunter auch eine bedeutende Anzahl ausländischer.

Auktion der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen: 2. Platz 5. März
Apropos. Präm.-Staatssch. (Millo)
nowa)

Bankaktien:
Bank Centralny I.–III. Em. 1900 +
Bank Dystryb. Bydgoszcz-Gdańsk Em. 650 + N
Awilecki, Podoty i Gia. I.–VII. Em. 2600 + N
Bank Bytomskowice I. Em. 975 + N
Bank Zw. Spółek Zarob. I.–X. Em. 1800 + A
Polsk. Bank Handl. Poznań I.–VIII.
(exkl. Zulässt.) 1100 + A

Pozn. Bank. St. Stanisław I.–IV. Em. 700 + A
Bank Młodzież 325 + N

Industriaktionen:
Krona I.–III. Em. 2300 + N
N. Bartolomiej I.–IV. Em. 1250–1200 + A
Browar Królewski I.–III. Em. 1700–1800 + A
Brzeski Auto I.–II. Em. 1650 + N
H. Legielski I.–VIII. Em. 10750–11000 + A
Centrala Rolników I.–V. Em. 600–625 + N
Centrala Górska I.–IV. Em. 2400 + N
Dębno I.–II. Em. 2500 + A
E. Hartwig I.–V. Em. (exkl. Kap.) 1450 + A
Hartwig Rostkowice I. Em. 7200 + N
Homosa I.–III. Em. 1600 +
Hurtownia Draperyna 1.–III. Em. 300 + A
Hurtownia Zwiazłowa I.–III. Em. 400 + A
Hurtownia Górska I.–II. Em. 1100 + N
Herzfeld-Viktoria I.–II. Em. 4000–3800 + N
Hurt. Spółka Szkołycew I.–II. Em. 950–1000 + A
Huba, Fabryka przem. jemni. I.–II.
(exkl. Bezugsp.) 55 500–65 000 + N

Dr. Roman Mat. I.–IV. Em. 22 500–23 000 + A
Mlyn i Tarcza Wagont. I.–II. Em. 2800 + N

Mlyn. St. Stanisław I. Em. 2050 + N
Mlyn I.–II. Em. 1150 + N

Bayernia, Bydgoszcz (exkl. Kap.) 2150 + A
Pozn. Szkoła Drzona I.–VI. Em. 1200 + A
Szkoła Szkoły Drzona I.–VI. Em. 4500–5000 + N

Szkoła Rolnicza I.–II. Em. 2400–2500 + N
Starogardzka Fabr. Mleci I. Em. 1800 + A
Ulanina I.–III. Em. 1400 + N

U. „Unia“ (fr. Bierer Bier) I. u. II. Em. 950–1000 + N

Wagoni Ostrowo I.–IV. Em. 2450–2550 + N
Wytornia Chemiczna I.–III. Em. 1150–1200 + N

Zjed. Browar Grodzisko I.–II. Em. 4500–4600 + N
6000–5200 + A

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 191–191½. Umsatz: 38 500 000 bisch. Mark
Dollar der Vereinigte Staaten 45 500. Schweizer Franken 860.

A – Angebot, N – Nachfrage, + – Umsatz.

Offizielle Warschauer Börse

Am 1. März d. Jz. nahm Gott der Herr zu sich in die Ewigkeit meinen treuen Mann, unsern lieben Vater und Großvater den Pastor em.

Julius Renner

im Alter von 63 Jahren.

Dies zeigen seiner ehemaligen Kirchengemeinde Schröda-Herrenhofen und der Diözese Posen I an

Frau Johanna Renner, geb. Jansen, } Renatus Renner, } Naumburg a. S.
Frau. Käthe Staemmler, geb. Renner, } Dr. med. S. Staemmler, } Bromberg
und zwei Enkelkinder. [5864]

In welcher Stadt könnte sich
Malermeister u. Lackierer
niederlassen? [5867]
Gefl. Mitteilung an
Schaale, Wreschen, ul. Witkowska 41.

Landwirtschaft
200—500 Morgen, guten Boden, mit kompl. lebend. u. tot. Inventar u. guten Gebäuden bei sofort. Bezahlung von Selbstläufer zu kaufen gefügt oder auch Tausch gegen Realitäten in Deutschland. Offeren erb. unt. Nr. 53266 an Annoncenbüro „PAR“, ul. Fr. Ratajczaka 8.

Auswanderer!
Hausgrundstück, Berlin C.
4 Stockwerke, Seitenflügel, 2 Läden, in bestem Zustand, gegen kleinere Landwirtschaft oder andere Werte, Provinz Poznań, zu tauschen gefunden. Bei groß. Landwirtschaft bis 600 Morgen, Bezahlung in bar. Offeren erb. unt. Nr. 53,258 an Annoncenbüro „PAR“, ul. Fr. Ratajczaka 8.

Einjähr. Spargelpflanzen
Schneelöpf, weißblühend, gibt ab zum Preise von Mf. 6000,— per Stück
Dominium Grudzielec
p. Bronów, pow. Pleszew. [5861]

Wir kaufen Kartoffeln, und trocknen Kartoffeln, dorthin sind 2 Kondensköpfe abzugeben Alm. Brennerei und Trocknerei Bülowstal, Goscicewo p. Nogózno. [5870]

7 Ziegelschuppen, 1 Ringofenoüberbau, zur Feldscheune geeignet, stehen zum Abbruchverkauf bei R. Wagner, Biaski, pow. Gostyn.

2 ha. Fuchshengste
Drei-jährig mit Abstammung hat abzugeben F. Czapski, Obra b. Golina.
2 eiserne Schaukästen mit je 4 Kristallplatten zu verkaufen in Rawicz, ul. Paderowskiego 180. [5857]

Fenster-Glas

Ornament, Kathedral-, Rohglas (auch gerippt), Drahtglas, Spiegel, Kitt, Glaserdiamanten liefert Polskie Biuro Sprzedaży Szkoła 1. s. p. dawn. M. Fuss, Poznań Małe Garbarz 7a. — Telefon 2863.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt

Unterzeichnet bestellt hiermit 1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat März 1923

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Alle Familien-Anzeigen
Verlobungen Vermählungen Geburten Trauerfälle im

Posener Tageblatt

werden in der Stadt Posen, sowie in der ehemal. Provinz Posen u. darüber hinaus, auch im Deutschen Reich gelesen!

[5864]

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Vom 5. März: Der größte Schlager der Saison

Die 2 Mädchen von Paris

Das gewaltigste Meisterwerk französischer Filmkunst der Firma „GOUMONT“, Paris.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 6. 3., abends 7½ Uhr: „Hönnemann Erzählungen“, Oper in 3 Akten von Offenbach.

Mittwoch, den 7. 3., abends 7½ Uhr: „Eugenie Onegin“, Oper in 3 Akten von G. Antonoff.

Freitag, den 9. 3., abends 7 Uhr: „Die Fledermaus“. Oper in 3 Akten von A. Strauß.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Götz im Hotel Monopol Ecce ul. Fredy und Sew. Mielzyński.

Verein Deutscher Sänger

Zu der am Mittwoch, d. 21. März d. J., abends 8 Uhr im Egl. Vereinshaus (ul. Saal) stattfindenden Hauptversammlung werden die Mitglieder hiermit eingeladen. Die Tagesordnung wird vor Eröffnung derselben bekannt gegeben. Der Vorstand.

Warnung!

Aller, welche heute oder sonst nach dem **Kino Apollo** gehen werden, um sich das Bild unter dem Titel

Der Fuhrmann des Todes

anzusehen, wird der Betrieb zu unseren Lokalen strengstes verboten.

Internationaler Verband der Restaurateure.

2 Strohpressen,
auch reparaturbedürftige zu kaufen geucht.

Offeren mit Preisangabe an A. Jandy, Poznań, ul. Dąbrowskiego 23. Telephon: 2353.

Güter

und Landwirtschaften, auch Ansiedlungen, Häuser, Villen werden von zahlungsfähigen Käufern um sofortigen Abschluß gesucht.

Besitzer-Offerten an Grundstück-Hypotheken-Bank-Kommissionsgeschäft A. Baumgartner & Maćkowiak, POZNAN, [5826] Plac Sapeżyńskiego 2a

Sommersprossen, Sonnenbrand, gelbe Fiede, bereitigt unter Garantie Axela-Crème

„Doje 6000 M. 1/4 Doje 1200 M. Axelaseife“

1 St. 3500 M. 3. Gadebusch, Poznań, Nowa 7

Ein möbl. Zimmer mit 1 evtl. 2 Betten sofort geucht. Gest. Zuschriften

unt. B. M. 5866 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Tanische meine 5 Zimmerwohnung im Zentrum, Hochparterre auf eine

7 bis 8 Zimmerwohnung im Zentrum

von Poznań (nicht höher als II. Etage)

mit allem Komfort bei entsprechender Zugabe.

Schriftliche Offeren erbeten unter Nr. 58,282 an

Annoncen-Egredition „Par“, ul. 27. Grudnia 18.

Opel-Automobile

in weltbekannt erstklassiger Ausführung kurzfristig lieferbar durch

„Brzeskiauto“ J. A., ul. Skarbowa 20.